

## Die USA und die schwelende nordkoreanische Nuklearkrise

Kreft, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GIGA German Institute of Global and Area Studies

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreft, H. (2004). Die USA und die schwelende nordkoreanische Nuklearkrise. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 263-275. <https://doi.org/10.11588/kjb.2004.0.3854>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

# Die USA und die schwelende nordkoreanische Nuklearkrise

Heinrich Kreft<sup>1</sup>

Zwischen Oktober und Dezember 2002, als das politische Washington mit dem Für und Wider einer militärischen Aktion gegen den Irak beschäftigt war, kam es zu einer unerwarteten Konfrontation zwischen den USA und Nordkorea. Innerhalb kurzer Zeit zerbrach das unter großen diplomatischen Anstrengungen entstandene Arrangement zur Verhinderung einer offenen und unbeschränkten Nuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Ende 2002 war das so genannte Agreed Framework vom Oktober 1994 tot. Pyongyang krönte seinen Vertragsbruch mit der Ankündigung vom 10. Januar 2003, sich mit sofortiger Wirkung aus dem Nichtverbreitungsvertrag (Nonproliferation Treaty – NPT) zurückzuziehen. Gleichzeitig wurden alle Vereinbarungen zur Inspektion nordkoreanischer Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency – IAEA) suspendiert. Nordkorea war damit der erste Staat, der sich offen vom NPT zurückzog. Der abrupte Zusammenbruch des Agreed Framework und das Fehlen eines alternativen Arrangements, um die nordkoreanischen Nuklearambitionen zu bremsen, wurden weltweit als gefährliche Entwicklung – für viele größer als die vom Irak ausgehende Gefahr – bewertet mit nicht absehbaren Konsequenzen für das globale Nichtverbreitungsregime.

## 1 Das nordkoreanische Nuklearpotenzial

In den frühen 1980er-Jahren fanden US-Satelliten erstmals Hinweise auf ein nordkoreanisches Nuklearprogramm. Ein kleiner 5-MW-Atomreaktor in Yongbyon mit einer Produktionskapazität von 6 kg Plutonium pro Jahr wurde 1986 in Betrieb genommen. Im selben Jahr noch entdeckten US-Aufklärungssatelliten eine Plutoniumfabrik und später den Bau zweier größerer Atomreaktoren (ein 50-MW-Reaktor in Yongbyon und ein 200-MW-Reaktor in Taechon). Obwohl Nordkorea 1985 dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten war, begannen die damit verbundenen Inspektionen (*nuclear safeguard*) erst im Jahre 1992. Diese ersten Inspektionen warfen

---

<sup>1</sup> Der Autor vertritt ausschließlich seine persönliche Meinung.

Fragen auf hinsichtlich der Plutoniumproduktion, die bis heute nicht beantwortet sind.<sup>2</sup> Ohne detaillierte und nachprüfbar Informationen über Pyongyangs Nuklearaktivitäten ist es bis dato nicht völlig klar, ob Nordkorea inzwischen Atombomben und/oder waffenfähiges Spaltmaterial produziert hat. Es kann jedoch mit einiger Sicherheit behauptet werden, dass Pyongyang seine Nuklearkapazitäten ausgebaut hat. Im Januar 2003, als Nordkorea aus dem NPT austrat, wurde der 5-MW-Reaktor in Yongbyon wieder hochgefahren, mit dem aus abgebrannten Brennstäben waffenfähiges Plutonium gewonnen werden kann.<sup>3</sup> Drei Monate später erklärte sich Nordkorea im Besitz von Nuklearwaffen und verkündete seine Absicht, die noch aus der Zeit vor 1994 vorhandenen abgebrannten Brennstäbe aufzuarbeiten. Im Juni ging Pyongyang noch einen Schritt weiter und drohte offen damit, eine nukleare Abschreckungskapazität aufzubauen, und später während der ersten Sechsparteien-Gespräche in Beijing im August drohten nordkoreanische Delegierte gar damit, dass Pyongyang Atomwaffen exportieren könne. Schließlich erklärte Pyongyang im Oktober 2003 die Fertigstellung seiner Nuklearabschreckung, wobei aus den vorhandenen 8.017 Uranbrennstäben genug Plutonium gewonnen worden sei, um daraus sechs Atombomben zu produzieren.<sup>4</sup> Alle verbliebenen Brennstäbe sollen zwischen Januar und Juni 2003 aus dem 5-MW-Reaktor entfernt und zur Aufbereitung gebracht worden sein. In sowohl direkten als auch indirekten öffentlichen Äußerungen wurde von nordkoreanischer Seite auf den Besitz von Nuklearwaffen hingewiesen, meist in Form einer „nuklearen Abschreckungskapazität“, geleugnet wurde allerdings die Existenz eines Programms zur Urananreicherung.

Mehrere Geheimdienstquellen gehen davon aus, dass die DVRK genug Plutonium besitzen könnte, um daraus eine oder zwei Atombomben herzustellen. US-Außenminister Colin Powell sagte in einem Fernseh-Interview, „We now believe they have a couple of nuclear weapons and have had them for years.“<sup>5</sup> In einem offenen Papier vom November 2002 geht der CIA davon aus: „[The] North has one or possibly two weapons using plutonium it produced prior to 1992.“<sup>6</sup> „[In that time North Korea] has probably produced enough plutonium for at least, one, and possibly two, nuclear weapons.“<sup>7</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. CRS Issue Brief IB91141, „North Korea’s Nuclear Weapons Program“.

<sup>3</sup> The US Central Intelligence Agency, „Unclassified Report to Congress on the Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions, 1 January through 30 June 2003“.

<sup>4</sup> George Wehrfritz und Richard Wolffe, „How North Korea Got the Bomb“, in: *Newsweek*, 27.10.2003.

<sup>5</sup> Transcript eines Interviews in NBC’s „Meet the Press“, 29.12.2002.

<sup>6</sup> CIA unclassified paper on North Korea, 19.11.2002.

<sup>7</sup> CIA, „Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions“, [www.cia.gov/cia/publications/bian/bian\\_jan\\_2003.htm](http://www.cia.gov/cia/publications/bian/bian_jan_2003.htm).

Diese Annahmen beruhen darauf, dass Pyongyang Anfang der 90er-Jahre in seinem 5-MW-Reaktor in Yongbyon 6-10 kg und damit genügend Plutonium erzeugen konnte, um daraus ein oder möglicherweise zwei Bomben herzustellen.<sup>8</sup>

Am 13. Juli 2003 erklärten Vertreter Nordkoreas Mitgliedern der US-Regierung in New York, dass man am 30. Juni die Wiederaufbereitung der 8.000 abgebrannten Brennstäbe abgeschlossen habe.<sup>9</sup> Am 8. Januar 2004 teilten Vertreter Pyongyangs einer inoffiziellen US-Delegation, die u.a. den Reaktor in Yongbyon besuchte, mit, dass die Aufbereitung Mitte Januar 2003 begonnen und Ende Juni beendet worden sei. Man habe in sechs Monaten 50 Tonnen abgebrannte Brennstäbe verarbeitet. Dies deckt sich mit früheren Schätzungen, dass bei einer monatlichen Verarbeitung von 11 Tonnen genug Plutonium gewonnen werden kann, um daraus eine Bombe pro Monat zu bauen.

Ein Bericht des Institute for International Security Studies (IISS) warnt davor, dass Nordkorea bis zum kommenden Jahr über vier bis acht Atombomben verfügen könnte, um anschließend jährlich bis zu dreizehn weitere seinem Arsenal hinzuzufügen. Derzeit ist das Nuklearpotenzial Nordkoreas begrenzt durch die Kapazität seines 5-MW-Reaktors, der im Februar 2003 wieder hochgefahren wurde. Mit der Vollendung des im Bau befindlichen 50-MW-Reaktors sowie mit Material aus seinem Urananreicherungsprogramm könnte das Nuklearpotenzial des Nordens erheblich ausgeweitet werden bis zur Produktion von 130 kg Plutonium, genug zur Herstellung von acht bis dreizehn Bomben pro Jahr.<sup>10</sup> Eine Studie des Carnegie Endowment for International Peace kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen: Falls die nordkoreanischen Nuklearprogramme nicht gebremst würden, könnte das nordkoreanische Potenzial gefährlich große Mengen erreichen, mit einer Produktionskapazität von 36 Bomben pro Jahr auf der Basis von 3 Atomreaktoren – nicht einbezogen eine mögliche Produktion aus der Urananreicherung.

**Tabelle 1: Nordkoreas Nuklearpotenzial**

Nuklearanlage	Plutoniumproduktion pro Jahr	Atomwaffenproduktion pro Jahr
5-MW-Reaktor	6 kg	1
20-MW-Reaktor	56 kg	11
200-MW-Reaktor	220 kg	44

Quelle: Joseph Cirincione, *Deadly Arsenal: Tracking Weapons of Mass Destruction*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2002.

<sup>8</sup> Der Reaktor wurde 1994 abgeschaltet. Die meisten Analysten gehen aber davon aus, dass die nordkoreanische Seite zuvor alle oder zumindest die meisten abgebrannten Brennstäbe entfernt hat. So Sharon A. Squassoni, „North Korea’s Nuclear Weapons: How Soon an Arsenal?“, CRS Report for Congress, the Library of Congress, 2.2.2004.

<sup>9</sup> „North Korea Says It Has Made Fuel For Atom Bombs“, in: *New York Times*, 15.7.2003

<sup>10</sup> Glenn Frankel, „Report Cites Potential of N Korean Arsenal“, in: *The Washington Post*, 24.1.2004.

Allerdings hat die nordkoreanische Technologie für den waffenmäßigen Einsatz seines Nuklearpotenzials noch kein vergleichbares Niveau erreicht. So hat der CIA einerseits keinerlei Hinweise auf nordkoreanische Nukleartests, geht aber andererseits davon aus, dass Pyongyang über Nuklearwaffen verfügt: „North Korea has produced one or two simple fission-type nuclear weapons and has validated the designs without yield-producing nuclear tests.“<sup>11</sup> Von ebenso großer Bedeutung für die Einschätzung der potenziell von der DVRK ausgehenden Gefahren sind neben den Nuklearprogrammen die Raketenprogramme des Landes. Nordkorea hat ballistische Raketen unterschiedlicher Reichweite entwickelt. Pyongyang produziert mit den Scud B und Scud C ballistische Raketen mit Reichweiten von 300 bzw. 600 Kilometern, sowie die Mittelstreckenrakete Nodong mit einer Reichweite von 1.300 Kilometern. Diese Raketen können jeden Punkt in Südkorea erreichen sowie einen großen Teil Japans. Pyongyang hat zudem die Dreistufenrakete Taepodong I mit einer Reichweite von 2.000 Kilometern über Japan getestet und arbeitet an der Taepodong II, die in der Lage sein soll, die Westküste der USA zu erreichen.<sup>12</sup>

Nordkorea baut nicht nur seit Jahren Massenvernichtungswaffen (Weapons of Mass Destruction – WMD), sondern exportiert sie auch. So wird davon ausgegangen, dass Pyongyang allein im Jahre 2001 560 Mio. US-Dollar aus dem Verkauf von Raketen an Staaten wie Iran, Libyen und Syrien eingenommen hat.<sup>13</sup> Im Vorfeld des Irakkrieges wurde die Lieferung von Scud-Raketen an den Jemen bekannt, als ein nordkoreanisches Schiff vor der arabischen Halbinsel aufgebracht wurde. Durch die Ausweitung seines Nuklearprogramms und die wohl begründete Gefahr der Proliferation in die Hände von „Schurkenstaaten“ und Terrororganisationen ist Nordkorea nicht nur für Washington und die nordostasiatischen Nachbarstaaten zu einem Gefahrenherd geworden. Einerseits ist die Entwicklung und der Besitz von WMD zum wichtigsten Schutzschild gegen den Zusammenbruch des Regimes geworden, andererseits ist genau das der Grund für die fortdauernde internationale Isolation Pyongyangs, ohne deren Überwindung es keine wirtschaftliche Entwicklung und damit mittel- bis langfristig kein Überleben des Regimes gibt.

## 2 Die USA und die erneute Provokation Nordkoreas

Die US-Regierung wurde von den energischen Schritten Nordkoreas Ende Dezember 2002 überrascht, die Nuklearanlagen in Yongbyon wieder in Betrieb zu nehmen

<sup>11</sup> „Intel Agencies Answer Questions for the Record“, Secrecy News, the FAS Project on Government Secrecy, Vol.2003, No.94, 31.10.2003.

<sup>12</sup> Zum nordkoreanischen Raketenprogramm vgl. Joseph Bermudez, „A History of Ballistic Missile Development in the DPRK“, Occasional Paper No.2, Monterey Institute/International Center for Nonproliferation Studies 1999 und Andrew Feikert, „North Korean Ballistic Missile Threat to the United States“, CRS Report to Congress, 25.3.2003.

<sup>13</sup> Bertil Lintner and Steve Stecklow, „Paper Trail Exposes Missile Merchants“, in: *Far Eastern Economic Review*, 13.2.2003, S.12-15.

und die Mitarbeiter der Internationalen Atomenergiebehörde des Landes zu verweisen, die nach Abschluss des US-nordkoreanischen Agreed Framework zur Überwachung der Anlagen in der DVRK stationiert worden waren.

Nordkoreas Taktik und Strategie einschließlich der während der ersten Beijinger Gespräche vertretenen Positionen zielten, indem der Druck auf die Regierung Bush erhöht wurde, in Verhandlungen über den von Pyongyang gewünschten Nichtangriffspakt und/oder über ein neues Nuklearabkommen einzutreten, auf ökonomische Vorteile ab. Erpresserische Taktiken waren häufig Bestandteil nordkoreanischer Diplomatie. Weitere Drohungen sind seit Oktober 2002 hinzugekommen, wie die Wiederaufnahme der Tests ballistischer Raketen großer Reichweite und die Intensivierung des Exports von Waffen einschließlich des Hinweises auf die mögliche Proliferation nuklearen Materials sowie der Androhung von Atomtests.

Nordkoreas detaillierte Vorschläge, die während der Beijinger Gespräche vom Frühjahr 2003 präsentiert wurden, basierten im Wesentlichen auf der Wiedereinsetzung wesentlicher Teile des Agreed Framework von 1994 und beinhalteten auch Vorschläge hinsichtlich des nordkoreanischen Raketenprogramms. Pyongyang forderte allerdings über das 1994er-Abkommen hinausgehende Zugeständnisse von US-Seite.<sup>14</sup>

## **2.1 Die US-amerikanische Antwort**

Die Antwort der Regierung Bush auf die verschiedenen nordkoreanischen Schritte seit Oktober 2002 gründen auf zwei zentralen Faktoren: Zum einen auf dem von Präsident Bush zum Ausdruck gebrachten tiefen Misstrauen gegenüber der DVRK im Allgemeinen und Kim Jong Il im Besonderen, zum anderen wirkten sich hier insbesondere in der Anfangsphase die erheblichen Differenzen zwischen den Akteuren innerhalb der Regierung Bush im Hinblick auf die zu befolgende Politik gegenüber Pyongyang aus.

Eine einflussreiche Gruppe aus Mitarbeitern des Pentagons und Beratern von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Vizepräsident Cheney und Proliferationsexperten des Weißen Hauses und des State Department, angeführt von Undersecretary of State John Bolton, lehnte Verhandlungen mit Nordkorea ab und forderte von Pyongyang einseitige Abrüstungsschritte. Sie befürworteten eine allgemeine Strategie zur Isolierung der DVRK auf diplomatischem Weg und durch Wirtschaftssanktionen mit dem Ziel, einen Zusammenbruch des Kim-Jong-Il-Regimes herbeizuführen.

Eine zweite Faktion, vor allem aus Mitarbeitern des State Department, aber auch des Weißen Hauses, angeführt von Außenminister Colin Powell, bestand vor allen Dingen aus Experten mit Ostasien- und Koreaerfahrung. Diese Gruppe glaubte an die Möglichkeit, die Krise auf dem Verhandlungsweg zu lösen oder zumindest ein-

---

<sup>14</sup> Zum Vorschlag selbst vgl. Heinrich Kreft, „Die USA und die zweite nordkoreanische Nuklearkrise“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 2003 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.217-226.

zudämmen, und glaubte nicht an eine Strategie, den Kollaps Nordkoreas herbeiführen zu können.

Diese Faktoren wirkten sich auf verschiedene Weise auf die US-amerikanische Nordkoreapolitik aus. Die DVRK wurde aufgrund des nordkoreanischen Besitzes, der Produktion von Massenvernichtungswaffen und der Proliferationsaktivitäten Pyongyangs zu einem vornehmlichen Ziel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, im „War on Terrorism“. Die Regierung Bush zeigte sich zunächst ablehnend gegenüber Verhandlungen mit Nordkorea. Sie bestand vielmehr auf der Einhaltung des bestehenden Abkommens, das von den Nordkoreanern zunehmend verletzt wurde. Die US-Regierung lehnte zunächst den nordkoreanischen Vorschlag nach direkten Verhandlungen kategorisch ab. Am 7. Januar 2003 schlug die Regierung Bush dann einen Dialog mit der DVRK vor, was keine Verhandlungen über ein neues Abkommen sein sollten. In einem gemeinsamen Kommuniqué vom 7. Januar mit Japan und Südkorea wurde erklärt:

The United States is willing to talk to North Korea about how it will meet its obligations to the international community [... but ...] the United States will not provide quid pro quos to North Korea to live up to its existing obligations.<sup>15</sup>

Präsident Bush fügte hinzu, dass die USA möglicherweise Energie- und landwirtschaftliche Hilfe leisten könnten, nachdem Nordkorea die US-Befürchtungen hinsichtlich seines Nuklearprogramms zerstreut hätte. Colin Powell wies gar auf ein New Arrangement mit Nordkorea hin, das das Agreed Framework ersetzen könne.<sup>16</sup> Allerdings haben sowohl Präsident Bush als auch Mitglieder seiner Regierung wiederholt erklärt, dass die USA nicht bereit seien, irgendwelche Reziprozitäten oder „Benefits“ für Nordkorea zu diskutieren, solange Pyongyang sein Nuklearprogramm nicht vollständig und nachhaltig aufgegeben habe.

Im Februar 2003 begannen die USA damit, einen multilateralen Rahmen für Gespräche mit Nordkorea zu befürworten, und erklärten, über verschiedene Sicherheitsthemen mit Pyonyang reden zu wollen: Nuklearprogramm, Raketen, andere Massenvernichtungswaffen und über konventionelle Streitkräfte. Darüber hinaus sollten aus US-Sicht Südkorea, Japan, China und Russland an den Gesprächen teilnehmen. In Gesprächen mit China allerdings erklärte sich die US-Regierung bald mit dem chinesischen Vorschlag von Dreiergesprächen – USA–DVRK–China – einverstanden, die in Beijing stattfinden sollten. Rumsfeld sprach sich gegen diese Gespräche aus, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Präsident Bush räumte seinem Verhandlungsführer in Beijing jedoch keinen Verhandlungsspielraum ein, sondern wies ihn an, lediglich die bekannten US-Positionen zu wiederholen, dass Nordkorea sein Nuklearprogramm sofort und definitiv aufgeben müsse, bevor die USA bereit seien, über Möglichkeiten zur Verbesserung der US-amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen zu sprechen.

---

<sup>15</sup> State Department: [usinfo.state.gov](http://usinfo.state.gov).

<sup>16</sup> State Department: [usinfo.state.gov](http://usinfo.state.gov).

## 2.2 Die Bildung einer internationalen Koalition gegen Nordkorea

Die Regierung Bush unternahm den Versuch, eine internationale Koalition zu schmieden, um damit Druck auf Pyongyang auszuüben, sein Nuklearprogramm aufzugeben. Der Vorschlag multilateraler Verhandlungen war dabei ein besonderer Schachzug in diesen Bemühungen. Die Regierung hat sich dabei vor allem unter Hinweis auf die offizielle Beijinger Position einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel auf China konzentriert, um Druck auf Pyongyang auszuüben. Zudem besitzt die VR China ein nach wie vor gültiges gegenseitiges Verteidigungsabkommen mit Nordkorea und versorgt die DVRK mit Erdöl und Lebensmitteln und ist damit seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zur einzigen Nabelschnur Pyongyangs geworden.

Nach anfänglichem Zögern konnte die Unterstützung Südkoreas und Japans und schließlich auch Russlands für multilaterale Gespräche gewonnen werden. China nahm seinerseits ab Mitte Februar den Dialog mit Nordkorea auf und übte Druck auf Pyongyang aus, größere Flexibilität in seiner Forderung nach bilateralen Gesprächen mit den USA zu zeigen, was schließlich zu den Dreiergesprächen von Beijing im April führte. Allerdings hat China dabei offensichtlich auch Versprechen gegenüber Pyongyang gemacht, einschließlich der Unterstützung der nordkoreanischen Opposition gegen eine Befassung des VN-Sicherheitsrates und die Ablehnung Pyongyangs einer Beteiligung Südkoreas und Japans an multilateralen Gesprächen. Die Beijinger Gespräche brachten keinerlei Fortschritt in der Sache und trugen auch nur wenig zur Verbesserung der Gesprächsatmosphäre zwischen Washington und Pyongyang bei.

In der Folge ging die Auseinandersetzung weiter über die Frage multilateraler Verhandlungen. Ende Mai teilte Pyongyang mit, dass es einer Erweiterung der multilateralen Gespräche mit Südkorea und Japan nach (!) direkten Gesprächen mit Washington zustimme. Auf dem Treffen der Trilateral Coordination and Oversight Group (TCOG) am 12. Juni unterstützten sowohl Seoul als auch Tokyo das Konzept multilateraler Gespräche. Mitte Juni machte Pyongyang einen Rückzieher und bezeichnete multilaterale Gespräche als den Versuch Washingtons, die DVRK zu isolieren. Vom 2. bis 3. Juli trafen sich die USA, Japan und Südkorea erneut im TCOG-Format und bekräftigten ihre multilaterale Verhandlungsstrategie mit Nordkorea. Am 7. Juli begrüßten die USA einen gemeinsamen südkoreanisch-chinesischen Appell an Nordkorea, multilateralen Gesprächen über die Nuklearkrise zuzustimmen. Am 9. Juli verletzten nordkoreanische Patrouillenboote kurzzeitig die NLL (Northern Line Limit), und einige Tage darauf erklärte Pyongyang, dass es eine Seeblockade durch die USA als Kriegsakt ansehen würde. Der frühere Verteidigungsminister William Perry sah die USA und Nordkorea auf dem Weg zu einer militärischen Konfrontation.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> William Perry in der *Washington Post* vom 15. Juli 2003.



## **2.3 Die ersten Sechs-Parteien-Gespräche zur nordkoreanischen Nuklearkrise**

Am 16. Juli erklärt US-Außenminister Colin Powell, dass die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise „live and well“ seien, dank der Bemühungen Chinas, einen Kompromiss auszuhandeln. Es gelang schließlich China die ersten Sechs-Parteien-Gespräche über die nordkoreanische Nuklearkrise zu organisieren. Pyongyang nutzte die Gespräche Ende August 2003 zunächst, um mit seinem nuklearen Säbel zu rasseln. Am Rande der allgemeinen Gespräche trafen sich nordkoreanische Delegierte mit US-Diplomaten, aber offensichtlich ohne großen Erfolg. Das wichtigste Ergebnis bestand in der Verabredung, sich voraussichtlich im Herbst ein zweites Mal zu treffen.

### **2.3.1 China – als ehrlicher Makler**

Beijing spielte eine entscheidende Rolle dabei, diese erste Runde von Sechs-Parteien-Gesprächen zustande zu bringen. Beijing machte Pyongyang klar, dass es durch eine Teilnahme an den Gesprächen mehr zu gewinnen als zu verlieren habe. Ob oder was den Nordkoreanern dabei zugesagt wurde, ist unklar. Beijing überzeugte Washington, sich zu einem bilateralen Gespräch innerhalb der Sechs-Parteien-Gespräche bereit zu erklären.

Die Übernahme der Führungsrolle bei den Bemühungen, die zweite nordkoreanische Nuklearkrise zu entschärfen war für Beijing keine Selbstverständlichkeit. In seiner Außenpolitik agiert China in der Regel eher zurückhaltend. In Beijing war man offensichtlich zu dem Ergebnis gekommen, dass sich Washington und Pyongyang in eine Sackgasse manövriert hatten und dass die Gefahr einer weiteren Eskalation zwischen den beiden drohe, was nicht im Interesse Beijings sein konnte. Auch ein möglicher militärischer Konflikt zwischen den USA und der DVRK wurde von Beijing offensichtlich nicht völlig ausgeschlossen. Beijing wollte das Risiko eines solchen Konflikts – in dem die Gefahr eines Einsatzes von Nuklearwaffen drohte – nicht eingehen. Ein solcher Konflikt würde voraussichtlich große Flüchtlingsströme nach Nordostchina auslösen mit destabilisierenden Folgen für die Region und für die Wirtschaftsentwicklung Chinas im Allgemeinen. Zudem gibt man sich in Beijing keinen Illusionen darüber hin, dass Japan nach einer offenen Nuklearisierung Nordkoreas durch Atomwaffentests noch daran gehindert werden könnte, seinerseits den Schritt zur Nuklearmacht zu tun, wodurch ein neuer Rüstungswettlauf in Ostasien und möglicherweise weit darüber hinaus ausgelöst werden könnte.

Auch war Beijing schon wiederholt von den USA und anderen aufgefordert worden, eine aktivere Außenpolitik zu führen. In der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise, in der die USA selbst Partei waren, konnte Beijing beweisen, für die Rolle einer „Great Power“ in Ostasien auch diplomatisch gerüstet zu sein.

### **2.3.2 Washington: Erhöhung des Drucks auf Pyongyang durch einen multilateralen Ansatz**

Wie nicht anders zu erwarten, betrachtete die US-Regierung das Zustandekommen der ersten Sechs-Parteien-Gespräche als Ergebnis ihrer politischen Strategie der Isolation Nordkoreas und der Ausübung von Druck. Dies ist aus der Sicht Washingtons in stärkerem Maße in der Form eines multilateralen Ansatzes möglich als in einem bilateralen. Der bilaterale Ansatz in der Form des Agreed Framework ist für die Konservativen gescheitert und wurde von einigen als „Appeasement“-Politik der Regierung Clinton verurteilt. Dieser multilaterale Ansatz hat für Präsident Bush zudem den innenpolitischen Charme, eine originelle Politikidee seiner Regierung zu sein, die auch wiederholt den Kritikern vorgehalten wird, die der Regierung Bush Unilateralismus vorwerfen – wie verschiedene europäische Regierungen. Auch Südkorea war mit diesem Ansatz einverstanden, da Seoul mit am Tisch sitzen würde und nicht ausgeschlossen blieb wie bei den ersten multilateralen Gesprächen vom April 2003, als Washington, Beijing und Pyongyang noch unter sich geblieben waren. Und China übernahm eine Führungsrolle, um sie umzusetzen. In den Wochen vor den offiziellen Gesprächen forderte Pyongyang erneut von Washington einen völkerrechtlich verbindlichen Nichtangriffspakt mit den USA, was diese bereits mehrfach abgelehnt hatten. Trotz dieser Ablehnung suchte Washington nach einer Möglichkeit um Pyongyang die gesuchte „Security Assurance“ zu geben.

### **2.3.3 Die ersten Sechs-Parteien-Gespräche – wenig Substanz**

Die ersten Sechs-Parteien-Gespräche zur Beendigung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise begannen am 27. August 2003. Pyongyang erklärte einerseits sein Eintreten für eine nuklearwaffenfreie koreanische Halbinsel, andererseits beanspruchte es sein „souveränes Recht“, eine nukleare Abschreckungswaffe zu entwickeln. Es deutete aber auch seine Bereitschaft an, sein Nuklearprogramm aufzugeben, wenn seinen legitimen Forderungen nach Sicherheit entsprochen werde.

Die USA forderten Nordkorea auf, sein Nuklearprogramm aufzugeben in „a complete, verifiable, and irreversible manner“ und gleichzeitig Inspektionen zur Verifikation zuzustimmen. Für den Fall, dass die DPRK dieser Forderung nachkäme, stellten die USA die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen und materielle Hilfe in Aussicht. Bereits am ersten Tag kam es zu den von Pyongyang gewünschten bilateralen Gesprächen mit den USA, in denen die nordkoreanische Delegation damit drohte, Atomtests durchzuführen, um die eigenen Nuklearkapazitäten zu demonstrieren und zu einem erklärten Nuklearstaat – wie Indien und Pakistan – zu werden. Während der Plenarsitzung am zweiten Tag wiederholte die Delegation der DVRK diese Drohungen in der Sechserunde.

Am Ende stand man zwar ohne substanzielles Ergebnis da, doch China, sekundiert von Südkorea, erklärte die Gespräche kurzerhand zum Erfolg, da man sich auf die Fortsetzung der multilateralen Gespräche geeinigt habe. Vor dem Hintergrund der von Beijing (und Seoul) für möglich gehaltenen und zugleich gefürchteten mili-

tärischen Konfrontation ist diese Einschätzung allerdings berechtigt. Die Sechsergespräche waren auch in anderer Hinsicht ein Erfolg. Sie haben erstmals alle für die Sicherheitslage in Ostasien relevanten Staaten an einen Tisch gebracht, um eine für die Region gefährliche Krise zu lösen oder zumindest unter Kontrolle zu halten. In der Vergangenheit waren Vorschläge zu solchen Gesprächen über die Sicherheitslage in der Region von mindestens einer oder mehreren Parteien abgelehnt worden.

## **2.4 Fehlstart auf dem Weg zu den zweiten Sechsergesprächen**

Im Vorfeld einer für Mitte Dezember 2003 anvisierten zweiten Runde der Sechs-Parteien-Gespräche kam es im Herbst zu einem Tauziehen zwischen den USA, Südkorea und Japan auf der einen und Nordkorea auf der anderen Seite über den Inhalt einer gemeinsamen Erklärung für die Gesprächsrunde. Die USA zeigten sich zu schriftlich fixierten multilateralen Sicherheitsgarantien und anderen nicht weiter spezifizierten Hilfsleistungen für Nordkorea bereit, falls sich Pyongyang im Gegenzug zu konkreten Schritten in Richtung auf einen Rückbau seiner Nuklearfazilitäten bereit erklärte. Die DVRK hingegen wiederholte ihre bekannte Position, ihr Nuklearprogramm erst dann einzufrieren, falls die USA neben Sicherheitsgarantien auch bereit seien, Nordkorea von ihrer Liste den Terrorismus unterstützender Staaten zu streichen, das Sanktionsregime gegenüber Pyongyang zu beenden und Hilfe im Bereich der Energieversorgung anzubieten. Als schließlich Präsident Bush dem nordkoreanischen Wunsch nach einer Neuverhandlung des Genfer Abkommens von 1994 eine Absage erteilte, war der Dezembertermin für die zweite Runde der Sechsergespräche geplatzt.

Doch Ende 2003 rang sich Washington zu einer humanitären Geste durch und kündigte an, Lebensmittel in einem Umfang von 60.000 Tonnen in die DVRK zu liefern und schlug gleichzeitig vor, die zweite Runde der Sechs-Parteien-Gespräche nunmehr für Anfang 2004 vorzusehen. Pyongyang seinerseits erklärte am 27. Dezember seine Bereitschaft, an einer zweiten Gesprächsrunde zu einem frühen Zeitpunkt im neuen Jahr teilzunehmen. Es fiel dann Beijing zu, die aufgetretenen Differenzen über die angestrebte gemeinsame Erklärung zu überbrücken.

### **2.4.1 Der zweite Anlauf**

Immer noch ohne Datum für die zweiten Sechs-Parteien-Gespräche trafen sich Ende Januar 2004 die Vertreter der USA, Japans und Südkoreas um eine gemeinsame Position für die Gespräche abzustimmen. Japan drängte darauf, das nordkoreanische Angebot eines Einfrierens seines Nuklearprogramms anzunehmen und damit von der bisherigen US-Position, einen Rückbau der Fazilitäten als Oberziel anzustreben, abzugehen. Südkorea sprach sich für die Wiederaufnahme der 2002 nach dem Beginn der aktuellen Krise eingestellten Öllieferungen aus als Gegenleistung für ein „Freeze“ Pyongyangs. In Gesprächen mit der südkoreanischen Regierung kam der US-Chefunterhändler mit Nordkorea Jim Kelly (Assistant Secretary of State for

Pacific and Asian Affairs) den Wünschen Seouls entgegen und äußerte sich öffentlich positiv über die Bedeutung verbesserter Nord-Süd-Beziehungen auf der koreanischen Halbinsel für Fortschritte in den Sechs-Parteien-Gesprächen. Seoul war besorgt, dass die vom Süden initiierte Entspannungspolitik ein Opfer der Nuklearkrise werden könnte.

#### **2.4.2 Die zweiten Sechs-Parteien-Gespräche**

Die zweiten Sechs-Parteien-Gespräche fanden schließlich vom 25. bis 28. Februar erneut in Beijing statt. Es kam erneut zu einer bilateralen Begegnung der US-amerikanischen und nordkoreanischen Delegationen und zu Gesprächen über die zentrale Nuklearfrage. Jim Kelly teilte seinem nordkoreanischen Amtskollegen mit, dass, wenn sich die DVRK ähnlich wie Libyen verhalte, das sich gerade nachweislich von seinen Nuklearambitionen verabschiedete, dies zur vollen Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Pyongyang führen könnte. In einer Anhörung im US-Senat teilte Kelly den Senatoren mit: „[We said that] when North Korea’s nuclear issue is resolved, discussion would be possible on a wide range of issues that could lead to an improvement or normalization in relations.“<sup>18</sup> Es müsste aber ebenfalls eine Verständigung über das nordkoreanische Raketenprogramm, über die Dislozierung der DVRK-Streitkräfte sowie über Menschenrechtsfragen hinzukommen.

Die Ergebnisse waren erneut ernüchternd. Die angestrebte gemeinsame Erklärung kam nicht zustande. Stattdessen veröffentlichte Beijing ein „Chairman’s Statement“, in dem auf größere prozedurale Fortschritte verwiesen wurde. So habe man sich auf die Einrichtung von Arbeitsgruppen geeinigt, um spezifische technische Einzelheiten der Nuklearfragen zu besprechen, und darauf, sich im Juni erneut im Sechserformat zu treffen. Die gemeinsame Erklärung oder gar ein konkretes Abkommen zur Beilegung der Krise kam vor allem deshalb nicht zustande, weil die nordkoreanische Seite sich beharrlich weigerte, sich grundsätzlich mit dem Rückbau ihres Nuklearprogramms zusammen mit Atominspektionen einverstanden zu erklären. Pyongyang bestand u.a. auch auf dem Recht zur friedlichen Nutzung der Kernkraft für die Energieerzeugung auch nach dem Einfrieren seines Nuklearwaffenprogramms.

Washington konnte in dieser Gesprächsrunde zumindest auf der Habenseite verbuchen, dass mit einiger Wahrscheinlichkeit sich sowohl China als auch Russland für den vollständigen Rückbau des nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms aussprachen. So sah denn auch Colin Powell „a good deal of progress“ und zog in einer öffentlichen Verlautbarung eine positive Bilanz dieser Gesprächsrunde. Powell betonte dabei insbesondere:

The United States, South Korea, Japan, China and Russia have made it clear to North Korea that a better future awaits them, that none of these nations is intent on attacking them or destroying them, or exhibiting hostile intent towards them. Instead we want to

---

<sup>18</sup> [foreign.senate.gov/hearings/2004/hrg040302p.html](http://foreign.senate.gov/hearings/2004/hrg040302p.html).

help the people of North Korea, who are in such difficulty now. But it must begin with North Korea's understanding that these programs must be ended in a verifiable way.<sup>19</sup>

## 2.5 Auf dem Weg zu den dritten Sechs-Parteien-Gesprächen

Auch zum Zeitpunkt des Abschluss dieses Manuskripts, Anfang Mai 2004, ist noch kein Durchbruch in Sicht. Es wird im Wesentlichen auf Beijing ankommen, die US-amerikanischen und nordkoreanischen Positionen zu überbrücken. Diese liegen nach wie vor weit auseinander. Pyongyang scheint sich an das Abkommen von 1994 anlehnen zu wollen: ein Einfrieren seines Nuklearprogramms im Tausch gegen eine Verpflichtung der USA, Südkoreas und Japans, kurzfristig den nordkoreanischen Energiebedarf durch die Lieferung von Öl zu decken, und durch den Aufbau von Nuklearanlagen zur Kernenergiegewinnung ausschließlich zu friedlichen Zwecken. Die US-Forderung nach einem vollständigen Rückbau der nordkoreanischen Nuklearkapazitäten geht weiter als die Forderung der Regierung Clinton während der ersten nordkoreanischen Nuklearkrise, obwohl Bush auf der anderen Seite weniger Anreize bietet als sein Vorgänger im Weißen Haus. Um zu Fortschritten zu kommen, wird Washington wohl kaum umhin kommen, mehr Anreize in einem früheren Stadium des Prozesses anzubieten als bisher, um Nordkorea dazu zu bewegen, die eigenen Forderungen zu erfüllen. Dies müsste zudem mit deutlich höherem Druck aus Beijing und Seoul gepaart sein.

Eines dürfte allerdings klar sein. Bleibt auch die dritte Runde der Sechsergespräche ohne substanzielles Ergebnis, dürfte es sehr schwer werden, dies wie bei den beiden vorangegangenen Treffen rhetorisch zu übertünchen. In einer solchen Situation könnten konservativere Kreise in der Regierung den diplomatischen Weg zur Beendigung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise für beendet erklären und stattdessen härtere Maßnahmen fordern, einschließlich US-Sanktionen bis hin zu militärischen Schritten, um die Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit der USA, die Krise baldmöglichst und dauerhaft zu beenden, unter Beweis zu stellen. Die USA – und hierin werden sie nicht nur von Japan und Südkorea, sondern auch von China und Russland unterstützt – sind unter keinen Umständen bereit, eine Nuklearmacht Nordkorea zu akzeptieren. Der bereits begonnene US-Präsidentenwahlkampf könnte für Präsident Bush ein Anlass sein, weithin sichtbar in der Nordkoreafrage *strong leadership* zu zeigen.

Dass in der Tat Bewegung hin zu einer Verständigung möglich ist, zeigt der Bericht des US-Journalisten und Nordkoreaexperten Selig Harrison (dem Verfasser dieses Artikels aus verschiedenen Gesprächen persönlich bekannt) nach viertägigen Gesprächen mit hochrangigen Persönlichkeiten der nordkoreanischen Führung einschließlich Kim Yong Nam, einem Stellvertreter Kim Jong IIs. Harrison berichtete

<sup>19</sup> [usinfo.state.gov/regional/ea/uschina/nkortalks15.htm](http://usinfo.state.gov/regional/ea/uschina/nkortalks15.htm).

u.a. in der *Financial Times*,<sup>20</sup> dass Pyonyang sehr daran gelegen sei, die Nuklearkrise zu beheben, allerdings der US-Forderung nach „complete, verifiable, irreversible dismantling“ (CVID) seines Nuklearwaffenprogramms in einem Schlag aufzugeben, nicht entsprechen werde, ohne zu wissen, was es dafür im Gegenzug erhalte. Gleichzeitig hätten seine Gesprächspartner betont, unter keinen Umständen Nuklearmaterial an Al Kaida oder andere Terroristen zu verkaufen, was in Washington mit einiger Erleichterung aufgenommen wurde. Ein großes Interesse Pyonyangs sei es ja gerade von der US-Liste der Staaten entfernt zu werden, die im Verdacht stehen Terroristen zu unterstützen. Dies würde nämlich den Weg ebnen für dringend benötigte Kredite der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank. Nordkorea bewegt sich langsam in Richtung einer „gemischten“ Volkswirtschaft. „Hardliner“ auf nordkoreanischer Seite werden nur mit einer Vereinbarung einverstanden sein, die nicht nur dringend benötigte Wirtschaftshilfe bringt, sondern auch die Gefahr eines US-amerikanischen „Preemptive Strike“ gegen die DVRK beseitigt. Das Fenster für eine Verhandlungslösung der Krise ist noch offen. Doch falls weder das am 12. Mai beginnende Arbeitsgruppentreffen noch das dritte Sechsertreffen im Juni für ernsthafte Fortschritte genutzt wird, könnte das Pyonyang zu einem weiteren Test einer Langstreckenrakete oder gar zur Durchführung eines Nukleartests veranlassen. Beides würde die seit nunmehr fast zwei Jahren schwelende zweite nordkoreanische Nuklearkrise auf gefährliche Weise verschärfen. Es ist höchste Zeit für einen neuen Anlauf, wie ihn nicht nur Selig Harrison fordert.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Selig Harrison, „Inside North Korea: leaders open to ending nuclear crisis“, in: *Financial Times*, 4.5.2004, S. 11 und Victor Mallet, „N Korea offers US pledge on arms“, in: ebd., S.1.

<sup>21</sup> Selig Harrison, „Time for a fresh start on North Korea“, in: *Financial Times*, 21.4.2004, S.13.

Patrick Köllner, Hrsg.

# KOREA 2004

POLITIK  
WIRTSCHAFT  
GESELLSCHAFT

mit  
Beiträgen  
von

Joachim Bertele  
Heike Hermanns  
Phillan Joung  
Thomas Kern  
Pia Kleis  
Patrick Köllner  
Heinrich Kreft  
Harald Maass  
Mascha Peters  
Manfred Pohl  
Bernhard Seliger  
Tobias Stern



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG

ISSN 1432-0142  
ISBN 3-88910-308-1

Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje M.A.  
Redaktionsassistentz: Siegrid Woelk  
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p><b>Korea 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft</b> / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2004. – 307 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-308-1</p>
--



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT  
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.duei.de/dok](http://www.duei.de/dok)) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: [dok@duei.de](mailto:dok@duei.de)).